

AUFSTEHEN ★ HINSEHEN ★ DAZWISCHEN GEHEN

Rassisten-Aufmarsch von ProKöln stoppen!



Am Samstag, den 7. Mai 2011, plant die extrem rechte Organisation ProKöln/ProNRW (PK) eine Demonstration von Deutz in die Innenstadt. Gemeinsam mit rechtspopulistischen Parteien aus dem europäischen Ausland wollen sie mit einem »Marsch für die Freiheit« gegen »Denkverbote« und die angebliche »Islamisierung« Deutschlands protestieren. Tausende Menschen wollen sich den Rassisten entgegenstellen und ihren Aufmarsch verhindern.

Dass PK von einem »Marsch für die Freiheit« spricht ist purer Zynismus. Faschisten und Rassisten sind Feinde der Freiheit. Die Funktionäre von PK kommen zum Teil aus anderen rechtsextremen Gruppen, z.B. der NPD. Vor 15 Jahren nannten sich Rouhs und Beisicht noch »Deutsche Liga für Volk und Heimat«. Noch 2003 marschierten sie zusammen mit den offenen Nazi-Anhängern der „Kameradschaften“ durch Köln. Seit der Kommunalwahl 2004 haben sich diese Faschisten eine »demokratische« Tarnkappe zugelegt, um mehr Wählerstimmen zu bekommen.

Sie sagen »Islam« und meinen uns alle

ProKöln beklagt »Denkverbote«. Doch die gibt es nicht, auf jeden Fall nicht für Rassisten und Ausländerfeinde. Jeden Tag sagen Rassisten ihre Meinung. Thilo Sarrazin konnte ein Buch voller Lügen und Verdrehungen schreiben, während er als Bundesbankier mit Steuergeldern bezahlt wurde. Dieses Buch wurde mit der Medienmacht von BILD zum Bestseller gemacht.

ProKöln macht Stimmung gegen die im Bau befindliche Moschee in Ehrenfeld und gegen die geplante marokkanische Moschee in Humboldt-Gremberg. Es ist jedoch ein selbstverständliches Recht, dass alle, die hier wohnen, auch ihre Religion betreiben können – in Gebäuden, die ihnen gehören, durch die Gelder der jeweiligen religiösen Gemeinde finanziert. Es geht PK nicht um die Moschee oder die Religion im Allgemeinen. Auch nicht um die Diskussion, was gut oder schlecht am Islam ist. Ihnen geht es

darum, Unfrieden und Spaltung in unsere Veedel hineinzutragen.

PK will die Rechte sämtlicher Migranten weiter beschneiden. Sarrazin will mit der Islam-Keule nicht nur alle Ausländer diskriminieren, sondern fordert auch, Sozialleistungen für Arbeitslose zu kürzen. Sie sagen »Islam«, aber sie führen einen Krieg gegen die Armen.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern ...

... sondern zwischen unten und oben! Das politische Establishment und die wirtschaftlich Herrschenden freuen sich, wenn die Menschen sich über Religion und Nationalität streiten und vor lauter Angst vor einer angeblichen »islamischen Bedrohung« übersehen, wie sehr Sozialleistungen, Löhne, das Bildungssystem und die Zukunft der Jugend bedroht sind. Das ist das Prinzip »teile und herrsche«. Rechte Gruppen spielen sich als Vertreter der »kleinen Leute« auf, aber sie befördern mit ihren Parolen die Interessen der Reichen und Kapitalbesitzer.



Visdp. Info. Kontakt: Georg Kümmel, c/o SAV Köln, Körnerstr. 77-79, 50825 Köln

www.sozialismus.info



koeln@sav-online.de

NPD, »Kameradschaften« und ProKöln haben unterschiedliche Taktiken. Die einen greifen zur offenen Gewalt, zum Terror gegen Nicht-Deutsche und Andersdenkende, die anderen verbreiten »nur« rassistische Ideen. Ihr Ziel ist das Gleiche: Die Gesellschaft soll entlang nationaler, ethnischer und religiöser Linien gespalten werden. Sie wollen die Bevölkerung gegeneinander aufhetzen.

Die anhaltende Propaganda von ProKöln bereitet den Boden für gewaltsame Übergriffe auf Migranten und politische Gegner; unabhängig davon, ob PK später selbst zu solchen Methoden greift. Daher müssen die Tarnkappen-Faschisten von PK genauso blockiert werden wie offen auftretende Nazis!

Solidarität mit den Revolten in Arabien

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Sarrazin mit seinen Behauptungen, Muslime wären »genetisch« oder »kulturell« dümmere oder rückständiger, Unrecht hat, sehen wir diesen Beweis aktuell in den arabischen Ländern.

Die Menschen dort, vor allem ArbeiterInnen, Arme und Jugendliche, Männer wie Frauen, kämpfen mit aller Kraft für demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit, gegen Korruption, Diktatoren und Ausbeutung. Sie kämpfen gegen Regime, die vom Westen unterstützt und hochgepäpelt wurden, die den Kapitalisten in den USA, Deutschland usw. als Garanten günstiger Rohstoffe, zum Abschirmen gegen Flüchtlinge und zur Aufrechterhaltung von Niedriglöhnen gedient haben. In Ägypten kämpfen Muslime und christliche Kopten und Atheisten zusammen.

Die Revolte in Nordafrika und dem Nahen Osten zeigt, wo die Zukunft der Menschheit liegt: Im gemeinsamen Kampf über nationale und religiöse Grenzen hinweg, für demokratische Rechte für alle, für soziale Gerechtigkeit, gegen die Diktatur einer reichen Minderheit.

»Kein Kapitalismus ohne Rassismus« (Malcolm X)

Die Faschisten sind nur Hilfstruppen für die Herrschenden. Wir wollen uns mit diesen unangenehmen Figuren nicht lange abgeben. Es reicht nicht, gegen Faschismus zu sein. Das kapitalistische System und seine Profiteure brauchen Rassismus, um die arbeitenden Menschen unten zu halten und mit Dummheiten zu beschäftigen.

Um dem Rassismus den Boden zu entziehen, ist es nötig, Alternativen zum Kapitalismus und seinen Folgen aufzuzeigen. Unsere Alternative ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der nicht für den Profit einer Minderheit produziert wird, sondern die demokratisch von unten nach oben verwaltet und in der die natürlichen Reichtümer zum Wohl der Menschen und der Umwelt eingesetzt werden. Diese sozialistische Demokratie ist etwas grundlegend Anderes als die bürokratischen Diktaturen in der DDR oder der früheren Sowjetunion, die fälschlicherweise »Sozialismus« genannt wurden.

Rassisten blockieren!

Wenn PK ungestört einen Aufmarsch durch Köln machen kann, werden sie sich ermutigt fühlen und frecher mit ihrer Propaganda. Offene Nazis, die nicht nur auf Worte setzen, werden ebenso ermutigt. Schon in den letzten Monaten sind mehr Nazi-Aufkleber in Köln aufgetaucht.

Am 7. Mai können wir durch massive Blockaden verhindern, dass PK marschiert. Dies hat in Dresden am 19. Februar funktioniert. Obwohl die Polizei versuchte, den Aufzug der Nazis mit Gewalt durchzusetzen, haben über 20.000 Menschen standgehalten, haben sich durch Absperrungen nicht aufhalten lassen, haben die Nazis blockiert und damit demoralisiert. Diesen Erfolg von Dresden wollen wir am 7. Mai wiederholen!

Claus Ludwig, Sozialistischer Stadtrat, Die LINKE.Köln

Claus Ludwig ist Mitglied der Fraktion Die LINKE. im Kölner Stadtrat und Mitglied der SAV. Er vertritt seine Fraktion im Finanzausschuss des Rates. Beschäftigt ist Claus Ludwig bei der gesetzlichen Unfallversicherung und ist Sprecher der ver.di-Gruppe in seinem Betrieb.

Als Sozialist nutzt Claus die Position im Stadtrat, um dem außerparlamentarischen Widerstand in den Veedeln und in Betrieben eine Stimme in der öffentlichen politischen Debatte zu verschaffen. CDU, SPD, FDP und Grüne vertreten letztendlich nur die Interessen von Banken und Konzernen und der kleinen reichen Schicht in unserer Gesellschaft. Grundlegende Veränderungen für die breite Masse der Bevölkerung können nur durch eigene Aktivitäten, durch Proteste und Widerstand durchgesetzt werden.

Claus Ludwig hat mitgeholfen, die Machenschaften um den Bau der Messehallen durch den Esch-Oppenheim-Fonds bekannt zu machen. Er war daran beteiligt, die Initiative »Bäder für Alle« aufzubauen, die es 2007 geschafft hat, die geplante Schließung des Nippes-Bades vorerst zu verhindern. Claus tritt im Rat und außerhalb gegen sämtliche unsoziale Kürzungen ein und fordert, dass die Reichen, Banken und Konzerne zur Kasse gebeten wer-

den. Er unterstützt Beschäftigte bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze.

Claus kämpft gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung und ist bei den Aktionen gegen »ProKöln« und andere Faschisten immer dabei, z.B. bei den Blockaden gegen den »Anti-Islam-Kongress«. Er hat zusammen mit anderen Kalker BürgerInnen eine Unterschriften-Aktion gegen die Räumung des »Autonomen Zentrums« initiiert.

Claus Ludwig steht für das Prinzip der SAV, dass gewählte VertreterInnen in Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften keine Privilegien genießen dürfen. Claus Ludwig spendet daher seine Aufwandsentschädigung in Höhe von 421 Euro monatlich vollständig für die politische Arbeit.

Mehr Informationen: www.clausludwig.de

